Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lohnenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. COVID-19 – eine Zwischenbilanz oder eine Analyse der Moral, der medizinischen Fakten, sowie der aktuellen und zukünftigen politischen Entscheidungen
2. Der Corona-Effekt
3. In der Krise wächst das Autoritäre
4. Aus für Sanders – aus für Traum von gerechteren USA
5. Die Reaktion der Deutschen war ein Desaster sondergleichen
6. Ausverkauf des Sachverstands
7. Coronavirus-Pandemie: „Spaniens Sparpolitik rächt sich"
8. Coronavirus erhöht Todesraten in mindestens acht europäischen Staaten
9. Hilfe für die Kultur: Frust, Wut und Fassungslosigkeit
10. Journalismus in der Krise: die fünf Defizite der Corona-Berichterstattung

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **COVID-19 – eine Zwischenbilanz oder eine Analyse der Moral, der medizinischen Fakten, sowie der aktuellen und zukünftigen politischen Entscheidungen**

   Es ist verständlich, dass alle das Ausmass dieser Pandemie auf die eine oder andere Art erfassen möchten. Nur, die tägliche Rechnerei hilft uns nicht weiter, da wir nicht wissen, wie viele Personen lediglich folgenlos Kontakt mit dem Virus hatten und wie viele Personen tatsächlich krank geworden sind.

   Die Anzahl asymptomatischer COVID-19 Träger ist wichtig, um Vermutungen über die

Ausbreitung der Pandemie machen zu können. Um brauchbare Daten zu haben, hätte man jedoch zu Beginn der Pandemie breite Massentests durchführen müssen. Heute kann man nur noch vermuten, wie viele Schweizer Kontakt mit COVID-19 hatten. Eine Arbeit mit einer amerikanisch-chinesischen Autorenschaft hat schon am 16. März 2020 publiziert, dass auf 14 dokumentierte mit 86 nicht-dokumentierten Fällen von COVID-19-positiven Personen zu rechnen ist. In der Schweiz muss man deshalb damit rechnen, dass wohl 15x bis 20x mehr Personen COVID-19-positiv sind, als in den täglichen Berechnungen dargestellt wird.

Um den Schweregrad der Pandemie zu beurteilen, bräuchten wir andere Daten: eine exakte, weltweit gültige Definition der Diagnose «an COVID-19 erkrankt»: a) positiver Labortest + Symptome; b) positiver Labortest + Symptome + entsprechender Befund im Lungen-CT; oder c) positiver Labortest, keine Symptome, aber entsprechende Befunde im Lungen-CT.

- die Anzahl hospitalisierter COVID-19-Patienten auf der Allgemeinabteilung
- die Anzahl COVID-19-Patienten auf der Intensivstation
- die Anzahl beatmeter COVID-19-Patienten
- die Anzahl von COVID-19-Patienten am ECMO
- die Anzahl an COVID-19 Verstorbenen
- die Anzahl infizierter Ärzte und Pflegepersonen

Nur diese Zahlen ergeben ein Bild vom Schweregrad dieser Pandemie, respektive von der Gefährlichkeit dieses Virus. Die aktuelle Anhäufung von Zahlen ist derart ungenau und hat einen Touch von «Sensations-Presse» – das letzte, was wir in dieser Situation noch brauchen. […]

Handelt es sich hier nur um «eine gewöhnliche Grippe», die jedes Jahr vorüberzieht und gegen die wir üblicherweise «nichts» unternehmen – oder um eine gefährliche Pandemie, welche rigide Massnahmen benötigt?

Um diese Frage zu klären, muss man bestimmt keine Statistiker fragen, die noch nie einen Patienten gesehen haben. Die reine, statistische Beurteilung dieser Pandemie ist

sowieso unmoralisch. Fragen muss man die Leute an der Front.

Keiner meiner Kollegen – und ich natürlich auch nicht – und niemand vom Pflegepersonal kann sich erinnern, dass in den letzten 30 oder 40 Jahren folgende Zustände herrschten, nämlich dass:

1. ganze Kliniken mit Patienten gefüllt sind, welche alle dieselbe Diagnose besitzen;
2. ganze Intensivstationen mit Patienten gefüllt sind, welche alle dieselbe Diagnose aufweisen;
3. 25% bis 30% der Pflegenden und der Ärzteschaft genau jene Krankheit auch erwerben, welche jene Patienten haben, die sie betreuen;
4. zu wenig Beatmungsgeräte zur Verfügung standen;
5. eine Patientenselektion durchgeführt werden musste, nicht aus medizinischen Gründen, sondern weil wegen der schieren Anzahl an Patienten schlicht das entsprechende Material gefehlt hat;
6. die schwerer erkrankten Patienten alle dasselbe – ein uniformes – Krankheitsbild aufgewiesen haben;
7. die Todesart jener, die auf der Intensivstationen verstorben sind, bei allen dieselbe ist;
8. Medikamente und medizinisches Material auszugehen drohen.

Quelle: Mittelländische

2. **Der Corona-Effekt**
(…) Notstand, gewinnsichernd: Nicht nur im Gesundheitswesen
So nahmen die angeschlagenen Regierungen das Viren-Management und den schnell erklärten Notstand auch zum Anlass, die anschwellende Kritik still zu stellen. Jetzt beweisen sie „Führungsstärke“. Die schon verblasste „Mutti der Nation“ steigt aus der Asche des Neoliberalismus ein letztes Mal hervor, wird nochmal an die mediale Front geschoben und erfleht wieder Zustimmungswerte. Und es werden die Entwicklungen beschleunigt, die von den bestimmenden Akteuren sowieso schon forciert wurden.
Das ideale Individuum des Neoliberalismus
Möglichst alle Bürger gehen weiter brav und unauffällig zur Arbeit, sprechen aber nicht darüber. Möglichst viele arbeiten zuhause im Homeoffice. Ansonsten reduzieren sich die Menschen auf das Konsumieren und die Existenz als einzelnes Individuum und, falls vorhanden, auf die Kleinstfamilie, halten Abstand voneinander, keine öffentlichen Versammlungen – mit einem Schlag war der ideale Zustand des neoliberalen Menschen hergestellt. Nach dem bekannten Motto „There is no such thing as society“ – sowas wie Gesellschaft gibt es nicht.

„Wir bleiben jetzt alle zuhause“, so blubbern ebenso fürsorglich wie demagogisch der Bundespräsident und die Bundeskanzlerin. Als stehe die ganze Wirtschaft still – völliger Unsinn. Von den 45 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland arbeiten die allermeisten weiter: Nur etwa drei Millionen (beantragte) KurzarbeiterInnen, eine Million Selbständige, zwei Millionen geringfügig Beschäftigte der Gastronomie, des Einzelhandels, der Museen und Theater u.ä. arbeiten nicht. Aber über die auch gesundheitsgefährdende, vielfach sogar intensivierte Arbeit soll man nicht sprechen.
Keine Verbesserungen im Gesundheitswesen
Selbst im Gesundheitswesen werden die dringendsten Reformen verhindert. Die unterbezahlten, überlasteten Beschäftigten werden zwar als „Helden der Arbeit“ gefeiert, aber ihre Gehälter werden nicht erhöht – bestenfalls wird von den Ober-Demagogen wie dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder ein einmaliger Krisen-Bonus von 500 Euro gewährt. Der Personalbestand wird nicht dauerhaft erhöht, es werden nur krisenbedingte Aushilfen angeworben, notfalls zwangsverpflichtet. Pro Bett, das für einen möglichen Corona-Erkrankten zulasten einer schon vereinbarten Operation freigemacht wird, zahlt der Staat 590 Euro – aber keinen Euro für zusätzliche Betten. Die an Billigfirmen ausgelagerten, auch hygienerelevanten Dienste wie Reinigung und Catering, die Überlastung des Personals, die Fallpauschale, die Gewinnorientierung – alles bleibt.
Systemrelevante Arbeit, ungeschützt?
In den Straßen, auf öffentlichen Plätzen, in Parks patrouilliert die Polizei, um mit harten Strafgeldern das Abstandsgebot durchzusetzen.
Aber kam die Polizei schon mal in den engen Massenunterkünften der ausländischen WanderarbeiterInnen und WerkvertraglerInnen vorbei, die zum Beispiel beim größten Schweineschlachtbetrieb Europas, bei Tönnies in Rheda-Wiedenbrück und in Weißenfels, arbeiten? Da reichen die bisherigen 16-Stunden-Schichten nicht aus. Da müssen jetzt am Wochenende noch Zusatzschichten geschoben werden. „Die Nachfrage ist um ein Drittel gestiegen“, darf Konzern-Chef Clemens Tönnies im Handelsblatt jubeln. Oder auf den Baustellen, wo ja auch nur ausländische Arbeiter arbeiten, aus Osteuropa? Wie sieht es aus bei Müllwerkern, Kanalarbeitern, Briefsortierern, Briefträgern, Paketboten, in den Mannschaftsunterkünften der Bundeswehr und in den Fulfillment-Zentren von Amazon?
Quelle: Hintergrund

Anmerkung Marco Wenzel: *Eine hervorragende Beschreibung der aktuellen Situation. Unbedingt lesenswert.*

3. **In der Krise wächst das Autoritäre**

Verändert die Corona-Krise die Gesellschaft zum Guten? Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer zweifelt. Wenig deute darauf hin, dass nun die harten Fragen verhandelt würden.
(…) Heitmeyer: Corona ist sogar eine besondere Krise, sie macht nicht Halt vor sozialen Klassen. Es gab vor Corona auch schon 9/11, Hartz IV, die Finanzkrise, die Ankunft der Geflüchteten, die aber jeweils für ganz unterschiedliche Milieus verunsichernd wirkten und in ihren Auswirkungen zeitlich begrenzt waren. Und doch gibt es auch in der Bewältigung dieser Pandemie schon jetzt massive Klassenunterschiede. Wir in unserem Haus am Wald erleben eine völlig andere Realität als eine Familie, die zum Beispiel in Berlin-Marzahn oder in Köln-Chorweiler mit drei Kindern in beengten Verhältnissen wohnt. Die soziale Ungleichheit wirkt sich massiv aus, ja, soziale Ungleichheit zerstört Gesellschaften…
(…) Die harten Fragen lauten: Werden sich ökonomische Strukturen ändern oder werden die bisherigen sich weiter verhärten? Und natürlich: Werden die aktuellen Einschränkungen unserer Freiheit vollständig wieder verschwinden oder werden neue Kontrollregime auf Dauer eingerichtet, nur mit anderer Begründung?…
(…) ZEIT ONLINE: Eine gesellschaftliche Mehrheit. Warum soll es nicht mehr Anerkennung und Zusammenhalt zwischen den sozialen Gruppen geben?
Heitmeyer: Das wäre wünschenswert, aber mindestens zwei Punkte sprechen dagegen. Erstens hat der globale, anonymisierte Finanzkapitalismus absolut kein Interesse an gesellschaftlicher Integration und damit an sozialen Anerkennungsprozessen. Solange sich da grundsätzlich nichts ändert, sehe ich auch keine sozialen Veränderungen kommen. Nach der Krise wird es doch eher ein brutales Aufholrennen für die verpassten Renditen geben. Dann dürften sehr schnell wieder umstandslos die Kriterien von Verwertbarkeit, Nützlichkeit und Effizienz gelten – nicht nur bei der Herstellung von Waschmaschinen, sondern auch in der Bewertung von Menschen…
Wenn die Krise vorbei ist und Milliarden für die Stabilisierung der Wirtschaft ausgegeben sind, wird sich die Frage stellen, woher dann noch das Geld für die finanzielle Anerkennung der gerade gefeierten Helden und Heldinnen kommen soll.
Quelle: Zeit

4. **Aus für Sanders – aus für Traum von gerechteren USA**
   Für einen historischen Augenblick sah es so aus, als könne sich in der US-amerikanischen Politik wirklich etwas ändern. Für ein paar Wochen im Februar und März hielten alle den Atem an. Kann Bernie Sanders wirklich demokratischer Präsidentschaftskandidat werden? Nun, keine zwei Monate später, ist alles vorbei. Der amerikanischen Linken weht mitten im Frühling ein kalter Winterwind entgegen…
   (…) „Unsere Kampagne endet, aber unsere Bewegung nicht."

Was ist das für eine „Bewegung“, von der Sanders gerne spricht? Die US-amerikanische Linke, oder jedenfalls das, was jenseits des Atlantiks als Linke durchgeht. Die Forderungen Sanders‘ gelten in den USA als linksradikal, mit einem Bein im Kommunismus stehend. In Europa sind es Dinge, die keinen Christsozialen hinterm Ofen hervorholen: Freier Hochschulzugang, Krankenversicherung für alle, ein einigermaßen ausgleichendes Steuersystem. Schockierend! Sanders nennt seine Forderungen oft einen „Kampf für Gerechtigkeit“.
Demokraten: lieber Trump als Sanders?
Im Lager dieser vermeintlichen Beinahe-Kommunisten, die hierzulande als moderate Sozialdemokraten gelten würden, verbreitet sich nun wieder einmal eine Dolchstoßlegende. Konservative Demokraten sehen lieber Trump als einen echten Linken im Oval Office…
Quelle: Zack Zack

Anmerkung Marco Wenzel: *Das Drehbuch zu dieser Tragödie wurde bereits 2015/2016 geschrieben. Schon 2016 standen die Chancen von Sanders gut, Präsidentschaftskandidat der Demokraten zu werden. Gegen die damals scheinbar unausweichliche Hillary Clinton. Und schon damals hatte die Führungsclique der Partei, der DNC, alles getan, um ihn zu verhindern und Clinton als Kandidatin durchzusetzen. Jetzt wieder das gleiche Spiel mit Joe Biden als Kandidat gegen Sanders.*

Auch diesmal spielt Sanders wieder das Spiel mit, was tief blicken lässt. Damals stellte er sich nach seiner Niederlage hinter Clinton, nun hinter Biden. Und dies obwohl er beides Mal ausgetrickst wurde. Und auch die Worte gleichen sich damals wie heute: “Ich werde alles in meiner Macht Stehende tun, um sicherzustellen, dass sie die nächste Präsidentin der USA wird”, sagte Sanders im Juli 2016 und darauf Clinton: “Zusammen sind wir stärker”. Und jetzt, 2020, meint Sanders in Bezug auf Biden: “Wir brauchen dich im Weißen Haus”. Und darauf Biden: “Ich verspreche, dass ich dich nicht enttäuschen werde.”

Und 2020 genauso wie 2016 ist auch diesmal der Gegner wieder derselbe: Donald Trump. Im Großen und Ganzen ist es, besonders für das Ausland, egal, wer von den Beiden Präsident wird. Von keinem der Beiden ist ein Fortschritt in der Friedenspolitik zu erwarten. Zu bestimmen hat der Präsident nicht viel. Er funktioniert nur als Schaufensterpuppe. Über die amerikanische Außenpolitik entscheiden Andere. Der letzte Präsident der USA, der sich gegen den tiefen Staat stellte war JF Kennedy. Er bezahlte dafür mit seinem Leben. Seither hat kein Präsident mehr versucht, sich dem tiefen Statt entgegen zu stellen. Sanders hätte es auch nicht getan, wenn er denn

Präsident geworden wäre.

5. **Die Reaktion der Deutschen war ein Desaster sondergleichen**
   Das Coronavirus erschüttert die Wirtschaft. Nie zuvor in der Geschichte gab es eine vergleichbar schwere Krise. Wie schwer, das erläutert Historiker Adam Tooze. Und auch, welche Fehler gemacht worden sind.
   Das hat es nie zuvor gegeben, große Teile der Weltwirtschaft stehen still. Schuld ist das Coronavirus, zu dessen Bekämpfung die Menschen Abstand zueinander halten müssen. Mit schwerwiegenden Konsequenzen.
   Adam Tooze ist aus diesem Grund ein gefragter Mann in dieser Zeit, sein Telefon klingelt in einem fort, wie er berichtet: Denn Tooze ist einer der führenden Wirtschaftshistoriker, wie kaum jemand sonst hat er die Weltfinanzkrise von 2008/09 erforscht. Im Gespräch erklärt der Forscher, wie schlimm die derzeitige Krise wirklich ist. Und warum sie sich nicht mit den großen Crashes der Vergangenheit vergleichen lässt.
   Quelle: t-online.de
6. **Ausverkauf des Sachverstands**
   Der Sachverständigenrat (SVR) hat sich in einem Gastbeitrag für die FAZ zu einer „Exit-Strategie für Deutschland“ geäußert. Auch für ökonomische Laien ist unschwer zu erkennen, wie groß die Ratlosigkeit in diesem Gremium ist. Damit steht der SVR allerdings nicht allein da. Wichtig ist zu verstehen, warum soviel Ratlosigkeit herrscht. […]
   Warum hat sich der Sachverständigenrat nach seiner, vorsichtig ausgedrückt, fragwürdigen Prognose (BIP-Entwicklung -2,8 Prozent im wahrscheinlichsten Szenario, -5,4 Prozent im schlechtesten Fall) dazu entschlossen, dieses Beratungsvakuum durch den erwähnten Gastbeitrag in der FAZ auch noch öffentlich zur Schau zu stellen? Ist es der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die fünf Mitglieder einigen konnten? Ist Einigkeit zu demonstrieren wichtiger, als in einer Auseinandersetzung um den richtigen Weg zu ringen? Von dieser Auseinandersetzung könnten die Regierenden, die der Sachverständigenrat doch beraten soll, jedenfalls mehr lernen als von der Aneinanderreihung wohlfeiler Allgemeinplätze, die nur vermittelt, dass dieses Gremium angesichts der Corona-Krise hilf- und ratlos ist.
   Nach Auseinandersetzung klingt aber auch das Interview nicht, das die neu in den Sachverständigenrat berufene Ökonomin Veronika Grimm dem Handelsblatt gegeben hat. Zur Lösung des Problems, vor das sich die Wirtschaftspolitik durch diese extreme Krise gestellt sieht, schlägt sie vor:

> „Erst einmal sollte die Politik alles tun, damit die Wirtschaft nicht allzu sehr

> einbricht.“

Wie das funktionieren könnte?

> „Die Tatsache, dass Deutschland eine Exportnation ist, lässt sich ja nicht in allen Facetten politisch beeinflussen. Es ist aber ganz offensichtlich, dass wir zum Ausgleich für die Exportstärke die Nachfrage im Inland stärken sollten, auch durch Investitionen.“

Vermutlich stimmen mit Frau Grimm an die 90 Prozent der Bevölkerung in diesem Punkt überein. Aber was heißt das konkret, wie „stärkt“ man Investitionen, noch dazu so rasch, dass „die Wirtschaft nicht allzu sehr einbricht“? In dem Interview erfährt der Leser dazu nichts.
Quelle: Makroskop

7. **Coronavirus-Pandemie: „Spaniens Sparpolitik rächt sich“**
   Nach den USA ist Spanien das am schlimmsten von der Coronavirus-Pandemie betroffene Land der Welt. Und das hat mehrere Gründe, analysiert ein Allgemeinmediziner aus Madrid. […]
   Im Zuge der schweren Wirtschaftskrise 2010 verpflichtete sich Madrid für die EU-Hilfen gegenüber Brüssel und Berlin zu einer strikten Spar- und Austeritätspolitik. „Mit fatalen Folgen für das öffentliche Gesundheitssystem“, sagt Padilla.
   Um Personal zu sparen, wurden damals vor allem frei gewordene Stellen im Gesundheitswesen nicht neu besetzt. Allein in Madrid seien in sieben Jahren 3000 Stellen weggefallen, sagt Padilla.
   „Das spanische Gesundheitssystem wurde in den vergangenen zehn Jahren kaputtgespart und das bekommen wir nun in der Corona-Krise zu spüren“, meint auch der spanische Gesundheitsexperte Alberto Gimenez.
   Gravierend ist im Zuge der Corona-Pandemie vor allem die geringe Zahl von Betten auf den Intensivstationen. Spanien verfügt mit seinen 47 Millionen Einwohner gerade einmal über 4700 Intensivstationsplätze, auch wenn deren Zahl in den vergangenen Wochen durch provisorische Krankenhäuser erhöht wurde.
   Zum Vergleich: In Deutschland gab es mit seinen über 80 Millionen Einwohnern zu Beginn der Krise rund 28.000 Intensivbetten. Mittlerweile wurden auch diese Kapazitäten aufgestockt.
   Quelle: Ärztezeitung

8. **Coronavirus erhöht Todesraten in mindestens acht europäischen Staaten**
   Auch ohne das Coronavirus sterben jede Woche Zehntausende Menschen in Europa. Wie tödlich allein dieser Erreger ist, verrät daher nur der Vergleich zur üblichen Zahl der Toten. Hier zeigt sich in mehreren Staaten ein klarer Anstieg. (…)
   Statt der erwarteten knapp 60.000 Toten sind in den meldenden Staaten in Kalenderwoche 14 im Schnitt knapp 70.000 Menschen gestorben. (…)
   Der Anstieg geht im Wesentlichen auf sechs Staaten zurück, in denen die Gesundheitsversorgung teils durch die Corona-Pandemie die Kapazitätsgrenzen überschritten hat oder in Teilen zusammengebrochen ist, etwa Italien, Frankreich, Spanien und England, das in der Statistik gelöst von Großbritannien vorkommt. Deutlich erhöht ist die Sterberate der Statistik zufolge aber auch in der Schweiz und den Niederlanden.
   Quelle: Spiegel
9. **Hilfe für die Kultur: Frust, Wut und Fassungslosigkeit**
   Staatliche Hilfe ist für Kulturschaffende ohne Festanstellung oder Betrieb kaum zu bekommen.
   Sie alle werden von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, aber auch von Kulturstaatssekretärin Monika Grütters oder den zuständigen Landesbehörden an die Grundsicherung verwiesen, also ins Hartz-IV-Programm genötigt. Doch auch da gibt es häufig keine Rettung in der Not. Denn die Ankündigung der Bundespolitik von Ende März, für die “schnelle und unbürokratische Hilfe” ein verschlanktes Verfahren ohne Vermögensprüfung bei der Grundsicherung beschlossen zu haben, entpuppt sich beim direkten Kontakt mit den Jobcentern als reine Mär.
   Tatsächlich sieht der Realitätscheck unter Betroffenen so aus: Noch immer kann man überall in Deutschland mit der Anzahl der versendeten Formulare und der abzuliefernden Belege eine Turnhalle tapezieren. Denn abgefragt wird immer eine “Bedarfsgemeinschaft”.
   Teil dieser Gruppe sind Partner, Kinder, aber auch WG-Bewohner, falls es eine gemeinsame Haushaltskasse gibt. Jeder dieser Menschen muss sich vor den Ämtern finanziell nackt ausziehen und ist verpflichtet, die anderen bis zur eigenen Mittellosigkeit zu unterstützen, bevor der Staat es tut. Finanzielle Hilfe erhält faktisch nur der Soloselbständige, der mit seiner Lebensgemeinschaft ganz knapp vor der Obdachlosigkeit steht – und das auch noch beweisen kann.
   Doch selbst wer die peinlichen Verhörmethoden der Hartz-IV-Bürokratie mit ihren zahllosen Nachforderungen absurder Belege und der nach wie vor praktizierten Vermögensprüfung auf sich nimmt, kann noch nach Wochen des Wartens abschlägig beschieden werden, wie es verbitterte Antragsteller vielfach berichten.
   Quelle: Süddeutsche

10. **Journalismus in der Krise: die fünf Defizite der Corona-Berichterstattung**
Werden wir in der Corona-Krise hochwertig informiert? Die Wissenschaftler Klaus Meier und Vinzenz Wyss blicken auf die Berichterstattung in Deutschland und in der Schweiz seit Beginn der Pandemie. Beide Forscher analysieren den Zustand des Journalismus – und erkennen fünf Defizite. […]
Fünf Defizite, die es zu beheben gilt
Wir befinden uns spätestens seit Anfang April mitten in einer Phase, in der Journalismus zu seiner Pflicht zurückkehren und mehr Eigenkompetenz, Distanz, Recherche und Vielfalt zeigen muss. Wir haben fünf Defizite ausgemacht, an deren Behebung in beiden Ländern einige Redaktionen schon länger arbeiten als andere, denen aber noch mehr begegnet werden kann:
(1) Der Umgang mit Zahlen: Datenjournalistische Formate und interaktive Grafiken, die Zahlen zur Pandemie darstellen, sind optimal nutzerorientiert aufbereitet – und sie interessieren viele Nutzer auch stark. Aber das führt dazu, dass man diese Zahlen wie Tabellenstände im Sport miteinander vergleicht: Sind wir jetzt schon wie Italien oder Spanien? Wie schneiden die USA ab? Wie stehen die Bundesländer und Landkreise in Deutschland da? […]
(2) Strukturen statt Einzelfälle: Über die genannten Zahlen hinaus heben die Routinen vor allem des Nachrichtenjournalismus bei Krisen, Konflikten und Katastrophen schon immer den schwerwiegenden Einzelfall hervor, der oft mit Kriegsrhetorik vorgetragen wird. Einordnender Kontext und Gesamtstrukturen sind in kurzer Zeit nur schwer zu recherchieren und sorgen kaum für Aufmerksamkeit. […]
(3) Transparente Berichterstattung: Was die Bevölkerung über dieses Virus, seine Gefährlichkeit und die Wirkungen und Nebenfolgen der behördlichen Maßnahmen weiß, weiß sie fast ausschließlich über die Medien. Wieder wird wie durch ein Brennglas jetzt deutlich, wie die durch Journalismus konstruierte Medienrealität die demokratische Gesellschaft und das Leben im Alltag beeinflusst. Es wäre gerade jetzt wichtig, dass der Journalismus seine eigene Rolle in dieser Krise thematisiert und transparent über die Bedingungen, Routinen und Grenzen der Berichterstattung aufklärt. […]
(4) Vielfältige Auseinandersetzung: Dass weitreichende politische Entscheidungen mit Eingriffen in die Grundrechte zwischen einzelnen Experten und der Exekutive im Hinterzimmer verhandelt und anschließend an die Bevölkerung distanzlos vermittelt werden, sollte die absolute Ausnahme in der Demokratie sein – und darf sich auch in den nächsten Tagen und Wochen nicht fortsetzen. In einer distanzierten Debatte müssen spätestens jetzt weitreichende Fragen gestellt und recherchiert werden. […]
(5) Virologen als unfehlbare Medienstars: Einige wenige Chef-Virologen wurden zu unfehlbaren Medienstars aufgebaut. Doch auch die Studien und Aussagen, Ratschläge

und Forderungen der Virologen sind sich im Detail nicht einig, ja können sich in dieser neuen wissenschaftlichen Herausforderung gar nicht einig sein. Eine der wichtigsten Wissenschaftstheorien des 20. Jahrhunderts ist der Kritische Rationalismus, der das Falsifikationsprinzip formuliert hat (nach Karl Popper): Wissenschaftlicher Fortschritt ist vor allem durch das Widerlegen von Theorien möglich und kaum durch dauerhaftes Bestätigen. Wissenschaftler müssen sich irren dürfen. Sie müssen sogar daran arbeiten zu beweisen, dass die Wissenschaft sich geirrt hat. Wissenschaft, also die Suche nach Wahrheit, muss per se mit Unsicherheit leben. Deshalb ist es grundfalsch, einzelne Wissenschaftler als unfehlbare Medienstars aufzubauen. Sie sind damit überfordert. Es ist nicht die Aufgabe ihrer Profession. Der Zweifel ist ihr Prinzip, nicht Gewissheit. Sie haben auch kein demokratisches Mandat. […]
Alles in allem: Es ist an der Zeit, dass sich der Journalismus auf seine Maximen besinnt und die Folgen des Handelns zwar im Auge behält, aber nicht mehr in den Mittelpunkt redaktioneller Abwägungen stellt. Was viele Menschen jetzt als wohltuend empfinden – dass in der politischen Auseinandersetzung kein Streit allein um des Streits willen provoziert wird wie so oft in den letzten Jahren – könnte durchaus beibehalten werden. Aber ein öffentlicher Streit um des intensiven Austauschs von Argumenten willen gehört zur Demokratie wie Wasser zum Leben.
Quelle: Meedia